

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung „Wilhelminic.“ 17.
Ged. Dr. Höflich, Hoflieferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Hof-Verleger, in Firma
J. Henckmann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Jouanne
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 179

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Breisichter Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Kultussets wird mit der Erörterung
des Normalatats für die Lehrer an höheren Lehramtsanstalten
vorgetragen, zu welchem die bereits gestern mitgetheilten Anträge
vorliegen.

Abg. v. Schenkendorff (nl.): Wir erkennen an, daß der neue
Normalatat eine wesentliche Verbesserung der Einfommensverhältnisse
der Lehrer bringt. Die Einführung des Systems der Alters-
zulagen für die Lehrer, die Gehaltsverbesserung auch der Zeichen-
lehrer, Turnlehrer und Elementarlehrer an den höheren Lehramts-
anstalten bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt gegen den
früheren Zustand. Man kann uns aber nicht zumuthen, daß wir
nummehr schwierig und unzureichend Wünsche nicht zum
Ausdruck bringen sollen. Wir thun dies ja auch nur in einer sehr
milden Form, indem wir keine Anträge gestellt haben, welche den
vorgelegten Normalatat ändern, sondern nur Resolutionen. Vor
Allem legen wir Wert auf die Resolution, welche die Gleichstellung
der Lehrer an den nichtstaatlichen Anstalten mit den Lehrern an
den staatlichen Anstalten verlangt. Der Minister hat gestern die
Berechtigung dieses Wunsches anerkannt und sogar einen dieser
Materie regelnden Gesetzentwurf in Aussicht gestellt. Die Frage
ist bereits oft im Abgeordnetenhaus erörtert worden, aber die Re-
gierung hat sich in früherer Zeit immer still verhalten. Was die
Fortschreibung der Gehaltsverbesserung der Lehrer betrifft, so wollen
wir eine solche nicht für die Lehrer allein, sondern im Anschluß an
eine allgemeine Erhöhung der Beamtenbefoldungen. Zugleich hat
aber dieser Theil der Resolution auch den Zweck, die Lehrer an
den höheren Lehramtsanstalten mit den Richtern erster Instanz gleich-
zustellen. Diese Forderung wird ja schon seit langer Zeit erhoben
und ihre innere Berechtigung ist auch vom Minister anerkannt
worden.

Was den Normalatat selbst betrifft, so habe ich das Bedenken,
daß die Zeichenlehrer keinen großen Nutzen haben werden. Auch
der Zeichenunterricht wird gerade nicht gehoben werden durch die
Stellung der Zeichenlehrer. Es würde sich empfehlen, daß die
geprüften Zeichenlehrer allen anderen geprüften Lehrern gleich-
gestellt werden.

Geb. Rath Stauder erwähnt, daß eine verschiedenartige Be-
handlung der Zeichenlehrer geboten sei, weil nicht alle Anstalten
vollbeschäftigte Zeichenlehrer haben und die meisten nur Elementar-
schulbildung besitzen.

Abg. Everlich (Br.): Spricht die Hoffnung aus, daß nun end-
lich einmal Ruhe in den Kreisen der Lehrer eintreten werde. Man
darf in den Verbesserungen nicht weiter gehen, als die Lage des
Staats es gestattet. Daß die Eltern, welche ihren Kindern einen
über die Volksschulbildung hinausgehenden Unterricht gewähren
wollen, ein höheres Schulgeld zahlen und einen Theil der Kosten
für die Verbesserung der Lehrerbefoldungen tragen, ist durchaus
gerechtfertigt. Aber fraglich ist es doch vom sozialpolitischen Stand-
punkte, ob es angebracht erscheint, das Schulgeld so zu erhöhen,
daß es den minder Bemittelten erschwert wird, ihre Kinder in eine
höhere Lehramtsanstalt zu schicken. Da aber das Interesse des Staates
an den höheren Lehramtsanstalten dem der Eltern etwa gleich ist, der
Staat aber die Hälfte der Gehaltsverbesserungen trägt, so erscheint
es nicht ungerecht, daß auch die Eltern die andere Hälfte tragen. Aus
diesem Grunde erkläre ich mich mit einem großen Theile
meiner politischen Freunde mit der Erhöhung des Schulgeldes ein-
verstanden.

Mein Antrag bezweckt, die Direktoren in sämtlichen Pro-
vinzialstädten ohne Unterschied der Einwohnerzahl gleichzustellen.
Wenn ich die Scheidegrenze von 50 000 Einwohnern fallen lasse,
so will ich dadurch diejenigen Fälle vermindern, in denen ein
Direktor weniger Gehalt bezahlt, als ein Oberlehrer. Unberechtigt

ist diese Scheidung auch darum, weil die Einwohnerzahl auf die
Kosten der Lebenshaltung keinen Einfluß hat. Mein Antrag, daß
die Hilfslehrer ihre Dienstzeit über drei Jahre hinaus für die
Bemessung der Dienstalterszulage angerechnet werden soll, will
verhindern, daß die Lehrer finanziell schlechter gestellt werden als
Theologen. Bei der Berechnung der Dienstzeit darf auch nicht die
Beschäftigung als remunerirter Hilfslehrer ausschlaggebend sein.
Denn auch den Juristen und Theologen wird nicht bloß die Zeit
der bezahlten Beschäftigung, sondern der Beschäftigung überhaupt
in Anerkennung gebracht. Diese Ungleichheit wollen wir vermeiden.

Abg. Rickert (df.): Ich beantrage den Titel 5, Kap. 20 in der
Fassung zu billigen „Zur Durchführung des anliegenden“ Normalatats
1 400 000 M.“ Zweck des Antrages ist, dem Normalatat den Charakter einer Denkschrift zu geben und als Anlage
zum Etat zu betrachten, die der jedesmaligen Beschlussfassung
des Landtages unterliegt.

Geb. Rath Germar erklärt, die weitergehenden Anträge aus
dem Hause für finanziell nicht vereinbar mit den Bestrebungen auch
der Finanzverwaltung auf günstigere Gestaltung der Verhältnisse
der Lehrer und Direktoren.

Abg. Hövener (l.): Wenn Abg. Rickert den Normalatat als
Anlage zum Etat betrachten will, so erhält die ganze Angelegen-
heit einen anderen Charakter, und es wird eine nochmalige Ber-
athung in der Budgetkommission notwendig. Meine politischen
Freunde verhalten sich gegenüber dem Normalatat durchaus re-
servirt, und wir werden gegen die weitergehenden Anträge Korsch
und Dürr stimmen. Die Erhöhung des Schulgeldes finden wir durch-
aus gerechtfertigt, schon aus sozialen Gründen. Wir werden für den
Antrag Kropatschek stimmen, um dadurch eine Befreiung der Di-
rektoren zu bewirken. Wir sind aber gegen den Antrag auf Gleichstellung
der Direktoren an Nichtvollanstalten mit denen an Vollanstalten,
weil wir eine zu große Vertheuerung der Nichtvollanstalten für
nicht wünschenswert halten. Ein Vorzug des Normalatats ist die
Rangierung der Lehrer durch die ganze Monarchie und die Befreiung
der wissenschaftlichen Lehrer. Damit können wir durchaus
einverstanden sein. Wir werden für die Resolution der Budget-
kommission stimmen auf Berücksichtigung der längeren Dienstzeit
der Hilfslehrer. Der diesbezügliche Antrag der Nationalliberalen
hat finanzielle Bedenken.

Abg. Dr. Grimm (nl.): Wir werden vorläufig für den
Antrag Rickert stimmen, um die Regierung an die Durch-
führung des Normalatats zu binden. Daß ein Fortschritt mit dem
Normalatat verbunden ist, gebe ich zu, aber damit ist eine weitere
Regelung der Gehälter der Lehrer nicht ausgeschlossen. Man wird
die Lehrer schon deswegen mit den Richtern erster Instanz gleich-
stellen, damit es ihnen ermöglicht wird, von einer Nebenbeschäfti-
gung abzusehen. Wir wollen nicht eine einseitige Verbesserung der
Lehrergehälter, sondern im Anschluß an die allgemeine Erhöhung
der Beamtengehälter. Wir verlangen ja in unserer Resolution
nichts anderes, als was der Minister selbst versprochen hat. Die
ungleiche Behandlung der Lehrer an Vollanstalten und Nichtvoll-
anstalten erscheint innerlich nicht berechtigt, da ein Unterschied in
Lebensbedürfnissen und Bildung nicht vorhanden ist. Die Unter-
schiedung im Normalatat nach Einwohnerzahl der Städte ist be-
denklich, insbesondere aber die Voranstellung Berlins, welches doch
nicht die theuerste Stadt ist.

Abg. Dr. Kropatschek (cons.): Ich tritt entschieden für die beiden
konservativen Anträge ein. Dagegen muß ich mich verwahren, daß
durch unsere Anträge die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der
Lehrer gesteigert wird. Die Aufgabe des Lehrers erfordert viel
mehr Liebe und Aufopferung für den Beruf als die des Richters,
daher ist eine finanzielle Gleichstellung beider Beamtenkategorien
durchaus gerechtfertigt. Wenn wir diese Forderung erheben, so
wollen wir damit nicht erklären, daß die Aufgaben der Lehrer und
Richter gleichartiger Natur seien. Gegen die Unterscheidung der
Gehälter nach der Einwohnerzahl haben wir große Bedenken, denn
es gibt viel kleine Städte, die theuerere Lebensverhältnisse haben

Inserate, die schriftspalte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
50 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

Verantwortlich für den
Inseratenhell:
J. Klugkist
in Posen.

Freitag, 11. März.

1892

Inserate, die schriftspalte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
50 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

als größere Städte. Unser Antrag, daß der Direktor nicht ein
niedrigeres Gehalt bezieht als der Oberlehrer, ist auch von der
Regierung als berechtigt anerkannt worden. Wohin soll es denn
kommen, wenn ein Direktor Jahre lang warten muß, bis er
dasselbe Gehalt bezieht wie sein Oberlehrer? Bei solchen Zuständen
ist die Gefahr vorhanden, daß Oberlehrer gar keine Direktorenstellen
mehr annehmen wollen. Unsere Forderung, daß die Dienstalters-
zulagen in 5-jährigen Zwischenräumen gewährt werden, entspricht
einem Gebote der Billigkeit, da bisher die Direktoren unter solchen
Voraussetzungen angefeilt wurden. Daß die Form des Dis-
positionsfonds gewählt ist, können wir nur anerkennen, denn dem
Minister muß die Möglichkeit gegeben werden, besonders befähigte
Lehrer auch finanziell besser zu stellen. Mit Schlagworten, daß
dadurch Streberthum groß gezogen werde, komme man nicht! Denn
sonst ruft man auf der anderen Seite das Schlagwort hervor: Soll
man eine Bräme auf die Faulheit und Bequemlichkeit der Lehrer
setzen? Eine Gleichstellung der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten
mit den staatlichen Anstalten ist dringend geboten. Die Regierung
muß mit allen Mitteln auf die Kommanen wirken, um sie zu einer
solchen Maßnahme zu veranlassen.

Gegen die Erhöhung des Schulgeldes an sich habe ich nichts
einzuwenden, aber bedenklich ist doch immerhin die Verquidung
dieser Sache mit der Verfolgung der Bevölkerungsverbesserung. Die Schichten der
Bevölkerung, aus denen der Staat seine mittleren und höheren
Beamten zieht, werden dadurch auf das empfindlichste getroffen.
Auch die Lehrer werden durch die Erhöhung des Schulgeldes hart
getroffen, da in dem Normalatat die Verfügung des Ministers Scholz
bestätigt ist, nach der die Kinder der Lehrer nicht mehr das Vorrecht
freier Schule haben sollen. Die Wünsche der Lehrer bezüglich der
Rang- und Titelverhältnisse lege ich der Regierung sehr ans Herz,
weil ich weiß, daß viele Lehrer großes Gewicht darauf legen. Ich
weiß nicht bloss für den Antrag Korsch, sondern auch für die
nationalliberale Resolution stimmen. (Beifall rechts.)

Kultusminister Graf Ledlik: Ich erkenne gern an, daß
durch die Bestimmungen über die Befugnisse der unterhaltungs-
pflichtigen Kommunen den Wünschen der Lehrer an den nicht-
staatlichen höheren Lehramtsanstalten nicht voll entsprochen wird. Es
würden aber sonst den Kommunen zu große Opfer auferlegt werden.
Ich werde darauf hinwirken, daß auch für diese Anstalten Besoldungs-
gemeinschaften gebildet werden. Die Bedenken gegen die Ver-
quidung der Besoldungsaufbesserung mit der Schulgelderhöhung
sind übertrieben. Aber die Erhöhung des Schulgeldes muß mit
in den Kauf genommen werden; an kleine Bedenken muß man
sich da nicht stören. Diese Schulgelderhöhung wird aber auch
durch zwei Umstände gemildert, durch die zehn Prozent Freistellen
und dadurch, daß das Schulgeld an den höheren Bürgerschulen
nur 80 M. beträgt; dadurch ist für die breiteren Schichten der
Bevölkerung zur Genüge georgt. — Die Freischule für die Kinder
der Lehrer ist nicht abgeschafft; die Lehrer haben nur keinen An-
spruch darauf. Es wird aber die weitgehendste Berücksichtigung
der Lehrer eintreten, ebenso wie in Bezug auf die Wünsche der
Lehrer betr. der Rangverhältnisse. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Würmeling (Br.): Ich erkenne gern an, daß
durch die Bestimmungen über die Befugnisse der unterhaltungs-
pflichtigen Kommunen den Wünschen der Lehrer an den nicht-
staatlichen höheren Lehramtsanstalten nicht voll entsprochen wird. Es
würden aber sonst den Kommunen zu große Opfer auferlegt werden.
Ich werde darauf hinwirken, daß auch für diese Anstalten Besoldungs-
gemeinschaften gebildet werden. Die Bedenken gegen die Ver-
quidung der Besoldungsaufbesserung mit der Schulgelderhöhung
sind übertrieben. Aber die Erhöhung des Schulgeldes muß mit
in den Kauf genommen werden; an kleine Bedenken muß man
sich da nicht stören. Diese Schulgelderhöhung wird aber auch
durch zwei Umstände gemildert, durch die zehn Prozent Freistellen
und dadurch, daß das Schulgeld an den höheren Bürgerschulen
nur 80 M. beträgt; dadurch ist für die breiteren Schichten der
Bevölkerung zur Genüge georgt. — Die Freischule für die Kinder
der Lehrer ist nicht abgeschafft; die Lehrer haben nur keinen An-
spruch darauf. Es wird aber die weitgehendste Berücksichtigung
der Lehrer eintreten, ebenso wie in Bezug auf die Wünsche der
Lehrer betr. der Rangverhältnisse. (Beifall rechts.)

Ebenso tritt Redner für eine Gleichstellung der Lehrer an den
kommunalen mit denen an den staatlichen höheren Schulen ein, da
die ersten sonst zu Lehrern zweiter Klasse herabgedrückt würden;

Ethische Literatur und Schriftsteller.

(Bon unserem Korrespondenten.)

Nachdruck verboten.

Riga, Anfang März.

Bon einer ethnischen Literatur weiß vielleicht — wenn ich die aus den baltischen Provinzen hinausgewanderten Personen in Abzug bringe — nur Einer in Deutschland etwas, der so und so viel bändige gelehrte Brochans. Freilich schamroth braucht keiner darüber zu werden, daß er von ihr nichts weiß und einen geistigen Verlust hat auch Niemand durch das Nichtfennen der ethnischen Literatur. Und doch ist es in seiner Weise interessant, die ethnische Literatur und die Schöpfer derselben unter die Lupe zu nehmen. Neue Werke gehen jedes Jahr ca. 160—170 aus dem Drucke, neue Werke geschr. werden jedes Jahr in wenigstens zwei Mal höherer Zahl. Die ethnische Feder ist emsig, das ethnische Tintenfass ist nicht klein, nur wird mit der ethnischen Druckswärze ökonomisch umgegangen. So manche thränreiche Elegie, so manch ein Fluch im Tragödiestile wird dem schmerzerrissenen Busen des ethnischen Federkürtlers ob des letzteren Nebstandes entquollen sein. Man stelle sich bloß vor: der Schriftsteller so und so träumt von einem Eroberungsange à la Alexander des Großen beim Abzinden seiner Hirngeburth an den Verleger. Nun kommt aber das Schmerzenstück nach etwa zweiwöchiger Abwesenheit ins Vaterhaus zurück mit einem Begleitschreiben: es ward gewogen aber zu leicht gefunden! Ach! Das „verfannete“ Manuskript wandert zu einem anderen Verleger, aber die Verleger sind nun alle wie ein in einem Holze geschnitten, man sendet das Manuskript dem Autor, und zwar auf Kosten desselben, immer wieder zurück. Dabei holt es mitunter Meinungen und Rathschläge mit sich, die einem das Gemüth vergraben können, etwa wie: „Adresse verwechselt, zu einem Klempner schicken, der braucht Blech“. „Welligendes gefällt mir nicht, ein besseres Werk können Sie leisten, wenn Sie sich aufhängen“... „Sie sind krank, lassen Sie sich Eiskompressen verordnen, sie vertreiben den Dichteritis-Bacillus...“ Und wenn man ferner bedenkt, daß das Porto für die Manuskriptreisen den Betrag eines

paaren neuer Sonntag-Nachmittags-Beinkleider so ungefähr ausmacht, muß man die Elegie oder den tragischen Fluch des Herrn Autors um so mehr begreifen können. Diejenigen Autoren, deren bellertristische Waare einen Verleger findet, sind nicht allemal gescheiter, als die „Verkannten“, aber sie verstecken sich auf ihr Handwerk. Der Eine malt seine Bilder in der Erzählung möglichst Roth in Roth, will sagen: er läßt viel Blut fließen bei seinen handelnden Personen durch Raufereten, Messerstiche von der Hand des unsühbaren Rächers u. s. w. und das packt. Der Andere arbeitet sich ein Skelett zu einem Roman oder einer Novelle zu recht und wie er es mit dem Fleische bekleidet hat, schreibt er ihm noch an die Stirn: diese Geschichte spielt in fernster ethnischer Vergangenheit, was Jahr so und so und — wieder packt's. Der Esthe liebt nämlich sehr „historische Bücher“; er unterscheidet aber nicht davon, was historisch ist und was man für historisch ausgibt. Dank der Erkenntnislosigkeit des Lesepublikums haftet nun der Schriftsteller in bequemer Weise fort und fort nach ein und demselben Skelett neue Werke; neue Verluste bleibt nicht aus; neuer Stoff läßt sich auch immer finden — in der Gegenwart. Der Dritte hat Erfolg, weil er in der Komparativ- reflexive Superlativform arbeitet. Er sieht alles schwärzer, am schwärzesten und schöner, am schönsten. Er, auf den Pathos-Stelzen dahinstürmend, läßt den Liebhaber niemals sagen: „Julia, ich liebe Dich“, sondern: „Julia, ich brenne, ich berste vor Liebe zu Dir“. Und hat die Julia den berstenden Liebhaber verschmäht, so sagt er: „Lebewohl! Ungeheuerliches hast Du mit dem frötligen Rein“ angerichtet. Morgen sieht Du mich als Leiche wieder.“ Gewöhnlich geht dann der Liebhaber zu Muttern und schmiedet erbarmungswürdige Klagesieder bis — das Buch aus ist. Der Werte schreibt „interessant“ und findet darum sein Publikum. Seine Art ist, auf jeder Buchseite eine groteske Begebenheit darzustellen, so daß der Leser, wenn er bis zum Schlussstrich sich durchgearbeitet hat, mindestens literarische Bauchgrümmen vor Überladung sich zuzogen haben muß. Ich kenne eine derartige „interessante“ Arbeit, die bei dem winzig kleinen ethnischen Volle einen so großen Abfall fand, daß z. B. ein deutscher Durchschnittsschriftsteller darauf mit Recht „neidisch“ sein

aber ein Zwang dürfe auf die Kommunen nicht geübt werden, ihr Recht der Selbstverwaltung müsse auch hier unangetastet bleiben.

Abg. Schaffner (nl.) befürwortet (in Folge der großen Unruhe im Hause auf der Tribüne fast unverständlich) den Antrag Döre.

Abg. Dr. Bachem (Br.) bedauert, daß der vorgelegte Normalstatut nur den Charakter einer Denkschrift hat. Die Stellung der Volksvertretung wird eine unerfreuliche, wenn sie an dem Normalstatut nichts ändern kann. Der Normalstatut, so wie er jetzt vorliegt, gewährt durchaus keine rechtliche Bindung. Wenn wir aber den Antrag Rickert annehmen, so schlucken wir den Normalstatut mit Haut und Haaren, ja, wir verhindern sogar die Regierung, etwas daran zu ändern. Die Volksvertretung lebt sich selbst fest. (Abg. Dr. Meyer: Was heißt denn Budgetrecht?) Es geht aber allerdings nicht an, einen Lehrer so zu ordnen, daß der Minister einfach einen Monolog hält, indem er uns eine Denkschrift vorlegt, welche die Forderung des Dispositionsfonds ohne rechtliche Bindung auseinandersetzt. Man hätte uns einen Gesetzentwurf vorlegen müssen. Wenn man später die Gemeinden zwingen will, den Normalstatut bei sich einzuführen, so hat vor allem die Regierung die Pflicht, sich gelegentlich auf diesen Normalstatut zu verpflichten. Ich werde für den Normalstatut stimmen, wie er vorliegt, aber nur für dieses Jahr, und ich hoffe, daß im nächsten Jahr uns ein Gesetzentwurf vorgelegt wird. Der Normalstatut, dem gegenüber alle Parteien Bemängelungen vorgebracht haben, macht auf mich den Eindruck, daß seine Aufführung beschleunigt werden ist. Das ist unschwer ein Grund für uns, auf die geistige Fixierung der im Normalstatut niedergelegten Bestimmungen zu dringen. Was für die Elementarschullehrer durchgeführt werden kann, das ist doch auch für die Gymnasiallehrer möglich.

Abg. Francke (Tondern nl. zur Geschäftsordnung) hält es für praktisch, den Normalstatut mit allen Anträgen an die Budgetkommission zu verweisen, damit die vorgebrachten Rechtsfragen dort entschieden werden.

Finanzminister Dr. Miguel bittet, davon Abstand zu nehmen, da die vorgebrachten Rechtsfragen bei dieser Gelegenheit nicht entschieden werden können und entschieden zu werden brauchen. Sie können nur entschieden werden beim Komptabilitätsgefege. Die Sache liege hier ebenso wie bei der Frage der Dienstalterszulagen der übrigen Beamten, bei welcher Gelegenheit das Haus sich mit der Erklärung der Regierung begnügt habe, daß sie mit der Verteilung der Denkschrift die moralische Verpflichtung übernehme, nach den darin ausgesprochenen Grundsätzen zu verfahren. Dazu komme, daß die Staatsregierung keinen Gesetzentwurf, sondern eine Denkschrift vorgelegt habe, über deren einzelne Paragraphen hier gar nicht abgestimmt werden könne. Bei der Beratung des Normalstatuts handele es sich auch gar nicht um Festsetzung der einzelnen Gehaltsverhältnisse, sondern um Bewilligung eines allgemeinen Bedürfniszuschusses. Deswegen bittet der Minister, alle Anträge, welche eine Änderung des Normalstatuts involvieren, abzulehnen. Eine nochmalige Berathung in der Kommission sei nicht notwendig. Man möge doch Vertrauen zu der Unterrichtsverwaltung haben.

Abg. Bödker (Br.) spricht sich im Sinne des Abg. Francke aus.

Abg. Rickert (zur Geschäftsordnung) stellt den Antrag, den Normalstatut mit seinem Antrage an die Budgetkommission zurück zu verweisen. Gerade die Berufung des Finanzministers auf das Komptabilitätsgefege sei ein Grund für ihn, die Meinung des Hauses zu hören. Vizepräsident v. Benda bittet den Redner zur Geschäftsordnung zu sprechen. Ich beziehe mich nur auf das, was der Abg. Francke und der Finanzminister gesagt hat. Soll ich nicht mit gleichem Maße gemessen werden? (Vizepräsident v. Benda: Ich bin nicht in der Lage, dem Herrn Finanzminister zu sagen, er möchte in seiner Rede aufhören. Sturmische Heiterkeit). Die Sache muß geschickt geregelt werden, weil sich der Finanzminister auf Präjudizien beruft. Das Jahr 1872 ist kein Präjudiz, weil dort die Regierung etwas zugestanden hat, was sie jetzt verweigert. (Unruhe rechts). Wollen Sie mir versagen, dem Finanzminister zu antworten? (Rufe rechts: Ja). Wenn das Herrenhaus eine andere Resolution annimmt wie wir, nem soll dann die Regierung folgen, dem Herrenhaus oder uns? Wie sollen wir also der Regierung vertrauen?

Abg. Dr. Francke erklärt ebenfalls eine geschickte Regelung der Materie für notwendig, und findet in dem Jahre 1872 gerade ein Präjudiz für die Auffassung des Abg. Rickert.

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.) erklärt sich für die Zurückverweisung an die Kommission, beantragt aber, da alle Anträge

mit Ausnahme des Antrages Kropatscheck eine Geldbewilligung in sich schließen, dieselbe einfach durch Tagesordnung zu erledigen.

Die Abg. Korsch (l.) und v. Huene (B.) sprechen sich für die Zurückverweisung an die Kommission aus.

Der Antrag Rickert auf Zurückverweisung des Normalstatuts mit sämtlichen Anträgen an die Budgetkommission wird hierauf angenommen.

Nachdem noch die beiden nächsten Titel ohne wesentliche Debatte angenommen worden sind, vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluss gegen 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. März. Es ist sicher, daß über die braunschweigische Thronfolgefrage zwischen der preußischen Regierung und dem Herzog von Cumberland nicht verhandelt worden ist. Gleichwohl möchten wir den mancherlei, offenbar zu weit gehenden Folgerungen entgegentreten, die aus dem Ausscheiden dieses Punktes von den Verhandlungen gegenständen gezogen werden. Man muß sich daran erinnern, welches die Lage beim Tode des Herzogs Wilhelm von Braunschweig war. Damals bestand für die preußische Regierung die Verbindlichkeit, die lohnerweise auch sofort übernommen wurde, dem Herzog von Cumberland die ihm durch Erbverträge gewährleistete Thronfolge in Braunschweig offen zu halten, wosfern er sich verpflichten wollte, den Rechtszustand in Hannover anzuerkennen. Weil der Herzog damals das Eingehen dieser Verpflichtung ablehnte, darum kam es zur Einsetzung der Regentschaft in Braunschweig. Daz in Braunschweig kein Definitivum geschaffen wurde, beweist im Uebrigen, daß die Regelung dieser Thronfolgefrage auch für die Zukunft abhängig bleiben sollte vom Verhalten des Herzogs von Cumberland. Hier nach ließe sich sehr wohl die staatsrechtliche Frage auftreten, ob mit dem Verzicht des Cumberland auf die hannoverschen Ansprüche nicht implicite das Hinderniß hinweggeräumt ist, das seiner Thronfolge in Braunschweig entgegenstand. Die Grundlage des vermögensrechtlichen Abschlusses, dessen Abschluß nunmehr feststeht, ist doch auch die Anerkennung der geltenden staatsrechtlichen Verhältnisse im deutschen Reiche durch den Herzog. Ob der Herzog diese Anerkennung in einem vereinbarten Briefe an den Kaiser ausdrücklich oder durch die bloße Thatache eines solchen Briefes aussprechen wird, kommt dabei wenig in Betracht. Das Entscheidende ist, daß der Präsident das halsstarrige Nein aufgegeben hat, mit dem er bis dahin im moralischen Kriegszustande mit Preußen lebte. Wenn von Braunschweig in den jetzigen Verhandlungen nicht die Rede gewesen ist, so braucht das nicht auszuschließen, daß die beteiligten Faktoren sich der Konsequenzen bewußt sind, die aus der getroffenen anderweitigen Vereinbarung auch für diese Spezialfrage sich ergeben müssen. Zum mindesten für den Sohn des Herzogs dürfte die braunschweigische Thronfolge offen gehalten werden, aber auch offen gehalten werden müssen. Daz eine solche Aussicht bei der Wiederkehr normaler Zustände im Hinblick auf die Welfenfrage nichts Schreckhaftes haben kann, liegt wohl auf der Hand. Das deutsche Reich ist viel zu fest gefügt dazu. — Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Normalstatut für die Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten berathen. Die Materie hat für weitere Volkskreise nicht gerade etwas sehr Fesselndes. Wenn wir auf die Verhandlung in Kürze eingehen, so geschieht es wegen der dabei hervorgetretenen Verfassungsfragen. Die Regierung will den Normalstatut nur als Denkschrift behandeln wissen, über den das Abgeordnetenhaus nicht zu beschließen haben solle. Gegen

diese Auffassung erklärten sich aber die Redner der liberalen Parteien, und auch das Zentrum sieht die Sache nicht als so bedeutungslos an, daß es ihretwegen in der Politik der Courtoisie gegen die Regierung fortfahren sollte. Das Recht des Abgeordnetenhauses, auch über den Normalstatut mitzusprechen, wollte ein Antrag des Abgeordneten Rickert wahren, wonach die bereits im gegenwärtigen Etat ausgeworfene Mehrbewilligung für Lehrer Gehälter als mit Rücksicht auf den beitragenden Normalstatut geschehen bezeichnet werden soll. Das Prinzip des Rickertschen Antrages kann vom Standpunkte der Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses nur gebilligt werden. Der Zentrum abg. Bachem, der dies Prinzip ebenfalls zu dem seinigen macht, hatte aber doch einen sachlichen Einwand vorzubringen, der der Beachtung nicht unwert erscheint. Der Abg. Bachem folgerte aus der eventuellen Annahme des Antrags Rickert, daß das Abgeordnetenhaus alsdann den Normalstatut stillschweigend ebenfalls mit ange nommen haben würde, womit dann die Schwierigkeiten einer späteren nothwendigen Erhöhung der mangelhaften sogenannten Normalhälften nur noch mehr wachsen würden. Das Abgeordnetenhaus ist um diese und mancherlei andere Bedenken, die in der schwierigen Sache auftauchten, einstweilen in der Weise herumgekommen, daß es den Normalstatut nebst allen dazu gestellten Anträgen an die Budgetkommission verwies. Die sachliche Verhandlung hatte in ihrem Untergrund immerhin etwas von starken politischen und auch persönlichen Gegensätzen. So konnte es z. B. nicht unbemerkt bleiben, daß der Finanzminister mit dem nationalliberalen Abg. Francke in eine materielle Differenz kam, deren Austrag vermutlich nicht im Sinne des Finanzministers geschehen wird. War das Abgeordnetenhaus über die staatsrechtlichen Fragen beim Normalstatut nicht ganz einig (insofern die Konservativen berufsmäßig das Vorgehen der Regierung für angemessen hielten), so bestand volle Einigkeit in der Bemängelung der allzu geringen Höhe der Lehrerbefolbungen. Ach ja, die leidige Finanznot! Sie ist zwar nicht so groß, daß nicht doch ein kostspieliger Dombau begonnen werden könnte, aber sie ist groß genug, um die Lehrer und andere Beamtenkategorien noch länger auf eine Verbesserung ihrer Lage warten zu lassen.

— Wegen Majestätsbeleidigung wurden im Jahre 1889 637 Personen wegen 750 Handlungen abgeurtheilt und 488 Personen wegen einer oder mehrerer Majestätsbeleidigungen verurtheilt. Die Verurtheilten theilen sich nach der Religion in 280 Evangelische, 200 Katholiken, 2 andere Christen, 3 Juden und 3 Personen unbekannter Religion. Das Jahr 1889 steht absolut und relativ günstiger da als seine beiden Vorjahre 1888 und 1887 mit 554 und 540 Verurtheilten. Auf 100 000 Strafmündige der Zivilbevölkerung fanden wegen Majestätsbeleidigung Verurtheilte 1887: 1,6, 1888: 1,7, 1889: 1,5. Alle drei Jahre stehen mit der relativen Zahl über dem Durchschnitt des Zeitraums 1882/88, der 1,4 betrug.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ gewährt einer, damit als offiziell charakterisierten thatsfächlichen Mittheilung der „Düsseld. Ztg.“ Aufnahme, in der konstatiert wird, daß bei der Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Köln. Ztg.“ „der im vorliegenden Falle ex officio und keineswegs auf Anweisung des Justizministers seines Amtes waltende öffentliche Ankläger endlich einmal zum Einschreiten sich bewegen fühlt.“ In demselben Artikel wird die Pariser Meldung der „Köln. Ztg.“,

sammeln. Die bisherige Ausbeute an diesem Material beträgt nicht weniger als 3000 Nummern. Estnische Volkslieder und Märchen sind auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht worden, doch haben sie an ihrem eigenartigen sprachlich-melodischen Reize im Deutschen viel verloren.

Nun noch ein Blick auf das Persönliche der zeitgenössischen estnischen Literatur-Erzeuger. Der estnische Schriftsteller ist ein Gemäch, das zum allergrößten Theil wild am Wege spricht. Die geistige Bildung einer solchen Persönlichkeit dürfte eine Mücke drei Mal um die Provinz Estland herumtragen. Im günstigen Falle würde die Bildung in einem Volkslehrseminar oder vom Kateder einer Elementarschule aus genossen. Der Musse der — Druckschwärze dient ebenso ein Dorfschulmeister, wie ein Schneider und ein Mann des Bechs und der Ahle. Kürzlich begegnete ich in der Redaktion einer estnischen Zeitung einen an die Lust gesetzten Lakai, der ein Feuilleton-Manuskript zum Verkaufe anbot, sowie gleichsam seine weithin Mitarbeiterchaft für die Dauer offerierte. Da nun aber das Feuilleton gleich mit einer ganzen Anfangsbuchstaben anfing und in den ersten Zeilen bereits eine furchtbare Verküpfung gegen die Regeln der Interpunktions-Setzung aufwies, ward es ihm ohne weitere Beachtung zurückgegeben mit der ernstlichen Mahnung, doch wieder die Feder mit der Serviette zu vertauichen. Aber was hat der Mizzenfog viel zur Sache? Der gute Mann war doch schon in die Kunst der Schriftsteller eingetreten und versuchte sein Glück gewiß noch bei anderen Redaktionen. Aber auch nicht immer werden drücklöde Manuskripte retourniert; der Redakteur arbeitet ein solches häufig um und verwertet es und beansprucht einen Lohn für die Bearbeitung und zwar bis zu dem Betrage, daß von dem für das Manuskript zu leistenden Honorar nichts übrig bleibt. Der Autor läßt das stillschweigend geschehen und macht überdies noch ein vergnügtes Gesicht, weil er „gedruckt“ worden. Der bekannte „Walrus“ brachte Anfang Januar sogar eine Weihnachtsfeier von einem Schriftsteller aus der Revalischen — Irrenanstalt. Dem Armen war die Gescheitheit — wohl unter dem Einfluß der Ideen zu seinen blutriesenden, vom Hasseln der Kerkerfetten durchschauerten Kriminal- und sonstigen sauberen Geschichten — zu den Haaren hinausgefahren und er saß in dem unbehaglichen Internat bereits seit einem halben Jahr. Freilich war die Festrede für das Blatt sehr geeignet infsofern, als für dieselbe nichts gezahlt zu werden brauchte. Vor einiger Zeit lebte in Reval ein Novellist Eduard W. Derselbe schrieb mehr, als die estnischen Verleger drucken zu lassen im Stande waren und er vertrat mehr, als seine Arbeiten ihm einbrachten. Seine Sachen wurden vom Volke viel gelesen, weil sie sehr fließend und in einem vilanten Tone geschrieben waren. Ihr literarischer Werth war jedoch gleich O.O. Nebenbei funktionirte W. als Lokalreporter für die deutsche „Revalische Zeitung“. Eines Nachts jedoch suchte er, mit einem schweren „Baden“, Nachtquartier im Expeditionslokal des „Postmees“. Trocknöpfen und Klingeln wurde ihm die Thür nicht geöffnet und der

arme Federkielritter war daher genötigt, auf den Kliesen des Hausslurs sich in Morpheus Arme zu senken. Am Morgen erwachend machte er aber durch Verlust seiner Stiefel und seiner Angströhre die verblüffende Wahrnehmung, daß ein Bruder Langfinger ihm mittlerweile einen Besuch abgestattet hatte. Dadurch ein Gegenstand des Gelächters seitens seiner Bekannten geworden, rückte er vor Scham von Reval aus nach Riga und nahm dort Anstellung bei der „Zeitung für Stadt und Land“. Eines schönen Tages aber verschwand W. auch aus Riga... er war mit seiner Geliebten, die zu heimathen ihm von Seiten ihrer Eltern nicht gestattet worden, nach Berlin durchgebrannt. Jetzt lebt er in der deutschen Metropole an der Seite seiner glücklich erstrittenen Frau als Feuilletonist und zwar — wie man sagt — in nicht beneidenswerten pecuniären Verhältnissen. In Reval lebt zur Zeit noch ein als Typus hervorragender Schriftsteller, David M. mit Namen. Derselbe hat das Glück, von der Natur mit „Teufelsreizen“, nämlich den auf das schöne Geschlecht bestrebend wirkenden, beschenkt worden zu sein. Er überzeugte einmal zwei Kolportageromane und betrog zwei Mal so viel Frauen in dieser Arbeitsdauer. Er bereicherte — immer auf dem Wege der Ueberziehung — die estnische Literatur mit den herlichen Geschichten von Morando Morandini, Rinaldo, Ludwig Cartouche u. s. w. Endlich brach ein Verhängnis über den verdienstvollen Mann ein in Gestalt eines von der Preßverwaltung erlassenen Verbots der Produktion von Mordgeschichten. Seitdem lebt M. außer von galanten Abenteuern, von — Gebetbüchern; er versteht solche nach vorliegenden bewährten Mustern zu fabrizieren, taucht sie auf marktschreien Namen, wie: „Gebete für Gottes Heirathstammer“, „Geistliche Bündhölzer“ u. s. w. und findet mit dem Kram in der Regel Kaufstift bei dem Volke. Der Schriftsteller N. S. zu Dorpat macht außer im historischen Roman noch im Hering- und Ellwaarenengeschäft. Beide Geschäfte sind zum halben Anteil ihm gehörig: das Hering- und Ellwaarenengeschäft, indem er mit einem Spleißbürger zusammen Kapitaleinlage und Revenüentheil und das „historische Geschäft“, indem er sich die nötigen Ideen von anderen Schriftstellern stiehlt. Der materielle Gewinn dürfte auf beiden Seiten sich ziemlich gleich sein. Charakteristisch an der Person S. ist, daß er länges, buchiges Dichterhaar trägt, welches seinen Rockfragen auch dichterisch absetzt und daß er kolossal gelehrt spricht und Vatermörderfragen trägt. Der Dichter N. S., ein Jungling, jährt an Jahren noch, wie man herzulande in gebundener Rede sagt, domiziliert gleichfalls in Dorpat. Vor Jahren war er in der Redaktion des „Olewig“ thätig, nun steht er der Expedition resp. Buchhandlung des „Olewig“ vor. Um Tage die Kunden bedienen, des späten Abends den Begabus tummeln, lautet seine Devise. Bemerkenswert an N. S. Gedichten ist, daß sie mit wenigen Ausnahmen ganz jämmerlich liebeskrank sind und daß sie recht schön — von dem Buchdrucker ausgestattet sind. Einmal, bei gelegentlichem Zusammentreffen fragte ich Herrn S., ob er glaube, daß der zur Zeit allenhalben sich geltend machende Naturalismus

Br ...

dort werde das Vorgehen gegen die „Köln. Ztg.“ in anderen deutschen Blättern so ausgelegt, „als ob eine allgemeine Preszverfolgung in Deutschland bevorstände und jede Freiheit der Kritik vernichtet werden solle“, als eine „ungeheuerliche Behaftung“ bezeichnet. Der Eindruck, den die Thatssache, daß in wenigen Tagen vier Anklagen wegen Majestätsbeleidigung aus Anlaß der Kaiserrede vom 24. v. Mts. erhoben worden sind, in Deutschland hervorgerufen hat, wird durch solche angebliche Verächtigungen allerdings nicht abgeschwächt.

Der Bundessrat hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf zum Schutz der Brieftauber und über den Brieftauberverkehr im Kriege, den Gesetzentwurf wegen Änderung des Gesetzentwurfs über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 sowie den Nachtrag zum Reichshaushalt-Etat für 1892/93 (Erhöhung der Mittel für die Chicagoer Ausstellung) den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dem Ausschußbericht über den Entwurf eines Checkgesetzes zugestimmt.

Prinz Heinrich ist zum Kommandanten des „Beowulf“ ernannt worden.

Der Ausschuß der preußischen Aerztakammern, welcher in Berlin tagt, hat nach der „Nat.-Ztg.“ mit allen gegen eine Stimme den Beschluss gefaßt, die Erweiterung der Disziplinarbefugnisse der Aerztakammern über die Aerzte als nothwendig anzuerkennen.

Königsberg i. Pr., 10. März. Zur Überwachung des Religionsunterrichts in Ostpreußen reist der Generalsuperintendent herum, um in den städtischen Schulen dem Religionsunterricht beizuwollen.

Schleswig, 10. März. Der Provinzial-Landtag für die Provinz Schleswig-Holstein, welcher die Landesregierung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen hat, ist heute durch den Oberpräsidenten v. Steinmann geschlossen worden.

München, 10. März. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte den Etat der direkten Steuern mit 29 701 000 M. in den Einnahmen und mit 982 600 M. in den Ausgaben ohne erhebliche Debatte.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 10. März. In der heutigen Sitzung der Valuta-Enquête-Kommission sprachen sich sämtliche Mitglieder für die Goldwährung aus. Direktor Gorst und der Präses der Anglobank Elbogen traten für die Befestigung des Staatsfassenschein ein, letzterer aber für das Silbercourant. Betreffend die Münzeinheit sprachen sich alle Mitglieder für die Kontinuität aus, Borst für den Halbgulden aus sozialen Gründen. Weiter sprachen sich der Generaldirektor der Länderbank Hahn und der Generaldirektor der Nordbahn Zeitel für die Goldwährung aus. Letzterer betonte die Wichtigkeit der Valutaregelung für das Eisenbahnen, namentlich mit Rücksicht auf den Verband der deutschen Eisenbahnen. Hinsichtlich der Werthrelation empfahl Hahn den entsprechenden Tagescours, Zeitel befürwortete die arbitrale Lösung der Frage durch die Gezeitung. Als Minzbehörde befürwortete Hahn den Halbgulden, Zeitel den Gulden.

* Pest, 10. März. Im Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Graf Szapary heute, daß Ungarn mit Oesterreich sei beiden Theilen ersprießlich. Ein Unterschied in der politischen Mission beider Staaten bestehne nicht. Die materiellen und wirtschaftlichen Interessen möchten Ungarn auf den Orient verweisen. Die ganze Vergangenheit sprache jedoch für ein Zusammensein mit dem Westen. (Lebhafter Beifall.)

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 10. März. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat, wie schon gemeldet, heute mit allen gegen 5 Stimmen (Freisinnige und 3 Nationalliberale) 10 Mill. Mark als einmaligen Zufluss zum Neubau des Domes in Berlin und einer Crust für das preußische Königshaus bewilligt. Bauherr soll nicht der Staat sein, sondern die von dem Kaiser bestimmte ausführende Baubehörde; Eigentümerin werde die Oberpfarr- und Domkirche, eine Korporation, die vom Domkollegium vertreten wird, sein (!). Nachdem das Zentrum beschlossen hatte, einstimmig die Forderung zu bewilligen, obgleich es im Vorjahr nur 7 Mill. zu geben gewillt war, konnte das Ergebnis der Verhandlungen nicht zweifelhaft sein. Wenn die 10 Millionen nicht ausreichen, so werden alle Vorbehalte und Resolutionen nicht verhindern, daß der Landtag von Neuem in Anspruch genommen wird. Deshalb und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage, die bekanntlich dringliche Aufwendungen unmöglich macht, werden die Freisinnigen die Forderung ablehnen.

L. C. Berlin, 10. März. In der gestrigen Sitzung der Volkschulkommission wurden die §§ 51–59 mit einigen formalen Änderungen angenommen. Inmitten die Konserватiven geneigt sind, der Minorität bez. der Verwaltung der Schulangelegenheiten in den Städten entgegenzukommen, läßt sich bisher noch nicht erkennen.

Militärisches.

Paris, 8. März. Kaum sind in den verschiedenen Staaten die mit dem rauh freien Pulver für Kriegszwecke gemachten Experimente zu befriedigenden Abschlüssen gediehen, so wird bereits wieder zu militärischen Zwecken von neuen Versuchen berichtet, die gewissermaßen im Gegenfase zu jenen Experimenten, darauf abzielen, fünlische Waffen zu erzeugen. Neben derartige Versuche wird im „Journal des Debats“ aus Grenoble berichtet: In dem diejenigen französischen Grenzfestung benachbarten Dorf Balonne fand der zweite derartige in Frankreich gemachte Versuch statt. In einer Ausdehnung von hundert Meter wurden hundert Flammenherde entfacht, das kalte und trockene Wetter gestattete jedoch den künstlichen Wolken nicht, sich in horizontaler Weise zu entwickeln; vielmehr wurde der Rauch durch Windböe fortgetrieben und derartig zerstreut, daß man sich keine bestimmte Meinung über die Prozedur bilden konnte. Insbesondere ließen sich vom militärischen Gesichtspunkte aus keine bestimmten Schlüsse ziehen, und die vom Divisionsgeneral Lespiau delegirten Offiziere äußerten den Wunsch, daß auf dem Polygon von Grenoble neue Versuche gemacht würden, und zwar in Gegenwart der Truppen, damit man sich über die Vortheile Rechenschaft ablegen könnte, welche dieses System der Erzeugung künstlicher Wolken im Kriege haben würde. Hervorgehoben zu werden verdient, daß derartige Experimente auch dazu dienen sollen, den Weinbergen bei Frösten im Frühjahr Schutz zu gewähren.

Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 10. März. Das Reichsgericht hat das Urtheil gegen den Bürgermeister Horn von Torgau, welcher am 27. Oktober v. J. wegen Untreue zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war, aufgehoben und die Angelegenheit zur erneuten Verhandlung an das Landgericht in Halle verwiesen. Das Reichsgericht begründet sein Urtheil damit, daß das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht festgestellt und die Vertheidigung bei der ersten Verhandlung beschränkt worden sei.

München, 10. März. In dem heutigen Termine vor der Zivilkammer des Landgerichts in Sachen des Hof-Opernhaus-Nachbaus gegen die hiesige Hoftheater-Intendanten gab der Vertreter der Intendanten bekannt, daß nach dem Gutachten des Grafen Hochberg in Berlin das Breslauer Gastspiel Nachbaus nur als ein vorübergehendes zu betrachten sei. Das Gericht beschloß, den Grafen Hochberg, der nur ein schriftliches Gutachten abgegeben hat, von dem Berliner Amtsgericht vernehmen zu lassen. Direktor Possart wird am 21. März hier vernommen werden. Der Schlusstermin ist auf den 19. Mai festgesetzt.

Petersburg, 10. März. Aus Mittel- und Südrussland werden starke Schneestürme gemeldet. Auf der Kaslow-Woronesch Eisenbahn mußten in Folge der Schneeverwehungen zahlreiche Züge auf der Strecke liegen bleiben.

Paris, 10. März. Nach einer Meldung aus Buenos-Aires ist der Finanzminister von seinem Posten zurückgetreten.

Paris, 10. März. Der Senat begann die Berathung der Vorlage über die Einrichtung der Universitäten, welche in Paris und einigen Provinzialstädten gegründet werden sollen.

Die Deputirtenkammer nahm den von dem Abgeordneten Dreyfus gestellten Antrag an, nach welchem der 22. September d. J. als hundertjähriger Gedenktag der Proklamation der Republik gefeiert werden soll.

Paris, 10. März. Der Präsident Carnot unterzeichnete heute ein Dekret, durch welches die anlässlich des letzten Streits verurteilten Drosophilentucher begnadigt werden.

Der Generalprokurator de Beaurepaire hat eine Verleumdungslage gegen das Journal „Intransigeant“ angestrengt. Der Grund hierfür ist ein von dem Blatte veröffentlichter Artikel, in welchem de Beaurepaire der Rechtsverweigerung beschuldigt wird.

Paris, 10. März. (Deputirtenkammer.) Der Ministerpräsident Loubet legte den Budgetentwurf pro 1893 vor. Reinach beantragte, daß ein Ministerium für die Kolonien geschaffen werde, und verlangte für diesen Antrag die Dringlichkeit. Loubet erklärte, daß Kabinett werde die von dem Ministerium Tirard befürwortete Kolonialpolitik fortführen und den Antrag Reinach prüfen, welcher einer ernsthaften Erwirkung bedürfe. Die beantragte Dringlichkeit des Antrages Reinach wurde abgelehnt.

Cadiz, 10. März. Der Prozeß gegen die Theilnehmer an den anarchistischen Kundgebungen vom 1. Mai 1891 ist gestern zu Ende geführt worden. Alle Angeklagten wurden freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt; in dem Augenblick, wo sie das Gerichtsgebäude verließen, veranstalteten ihre anarchistischen Genossen eine Kundgebung gegen die Gendarmerie. Leitere machte von den Waffen Gebrauch; einige Anarchisten wurden verwundet, mehrere verhaftet.

London, 10. März. Die schottischen Bergleute, mit Ausnahme derjenigen von Sterlingshire, haben beschlossen, von einer allgemeinen Einstellung des Betriebes abzusehen, statt dessen aber die Arbeit auf 5 Tage in der Woche zu beschränken.

London, 10. März. Deschsen aus Samoa zufolge wird die Agitation für eine Verbesserung des Vertrages von 1889 fortgesetzt. Zur Befestigung der Streitigkeiten zwischen den Anhängern Malietoas und Matafas sind Ausgleichsverhandlungen im Gange.

London, 10. März. Infolge des drohenden Streites der Kohlenarbeiter haben die Besitzer der Clevelander Hütten angefangen, die Hochöfen auszulöschen. Man erwartet, daß bis Sonnabend von 83 Ofen 70 außer Betrieb gesetzt sein würden.

Konstantinopel, 10. März. Die Abreise Ahmed Cjub Paschas nach Kairo zur Übermittlung des Investitur-Terminus für den Scheide verzögert sich. Wie verlautet, beabsichtigt der Sultan das bereits fertiggestellte Dokument dahin abzuändern, daß der Ausdruck „egyptisches Territorium“ durch „afrikanisches Territorium“ ersetzt werde. Dadurch würde die von der Türkei als unmittelbares Besitzthum betrachtete Halbinsel Sinai ausgeschlossen.

Die türkischen Behörden verhafteten am vergangenen Sonnabend den hiesigen Agenten der russischen Post Schischmanoff, welcher der intellektuellen Wissenschaft bei der Ermordung des bulgarischen Agenten Vulfovich verdächtig ist. Schischmanoff wurde auf Reklamation des russischen General-Konsuls diesem ausgeliefert.

Washington, 9. März. In der heute dem Senate vorgelegten Korrespondenz zwischen England und den Vereinigten Staaten bezüglich der Behringsmeer-Frage hält der Premierminister Salisbury seine Ansicht aufrecht, die Erneuerung des modus vivendi sei unnötig, weil der Fischerei keine Gefahr drohe; der Staatssekretär Blaine erwidert hierauf, in jedem Falle werde Amerika seine Rechte während der nächsten Fischerei-Saison vertheidigen.

Chicago, 10. März. Nach hier eingegangenen Meldungen würdet auf der ganzen Strecke von Michigansee bis Montana ein sichtbarer Schneesturm. Von allen Seiten wird, obwohl bisher nur unvollständige Berichte vorliegen, Verstörung von Eigentum und Verlust von Menschenleben gemeldet. Der Telegraphendienst ist gestört.

Pest, 11. März. Die Valuta-Enquête-Kommission ist geschlossen. In seiner Ansprache hob der Finanzminister zum Schluß hervor, daß bezüglich der Goldwährung eine möglichste Anlehnung des Werthverhältnisses an das bestehende und der Annahme des halben Gulden als Münzeinheit Einhelligkeit herrsche; auch darin trafen alle Meinungen zusammen, daß Zahlungen unter zehn Gulden mit Silber oder anderen Geldzeichen zu decken seien.

Angelommene Fremde.

Posen, 11. März.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Wollmann, Fink, Foth u. Peters a. Berlin, Friedmann a. Breslau, Vogeler a. Magdeburg, Schwellenbach a. Köln a. Rh., Kunde a. Bonn, Sponholz a. Hanau, Schröder a. Bordeaux, Langwald a. Königsberg i. Pr., Stern a. Troppau, Schmidt u. Lemke a. Hamburg, Schulze a. Eisenach, Mendershausen a. Magdeburg, Fränel a. Hildesheim, Goldstein a. Glogau, Rentier a. Bronowitzki und Frau a. Wartha, prakt. Arzt Dr. Schleper u. Frau a. Rogasen, die Rittergutsbesitzer Frau v. Arnim u. Tochter a. Komornik, Kernbach a. Klein, Fabrikbesitzer Willing u. Fabrikant Dresdner aus Berlin.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer u. Familie a. Pietrunke, Wolff a. Rataj, Stadtrath Sklower a. Tilsit, die Fabrikbesitzer Müller a. Berlin, v. Aulock a. Orlau, Hotelier Brück a. Ratibor, Frau Baronin v. Budberg u. Tochter a. Kurland, die Kaufleute Biederack a. M. Gladbach, Groy aus

Wien, Günther a. Hamburg, Schöller a. Dresden, Jacks u. Kaestle a. Berlin, Gubler a. Nürnberg, Linker a. Breslau, Bohrmann a. Dedenburg.

Theodor Jahns Hotel garni. Oberförster Lukowski a. Rokosowo, die Kaufleute Krüger a. Pyrmont, Landsberger a. Berlin, Sonnenfeld a. Pelt, Halbach a. Stettin, Rosenthal a. Guben, Taferka a. Breslau, Kunze a. Dresden, Schmahl a. W. Kirchen.

Hotel Bellevue, H. Goldbach. Die Kaufleute Eder a. Mannheim, Sichting a. Breslau, Bak a. Kassel, Reintisch a. Leipzig, Huntemann a. Harburg, Gutsbesitzer Ebert u. Frau a. Lissa, Fabrikant Leinbecker a. Gleiwitz.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Fabrikant Conrad, Gutsbesitzer Kude u. Physiker Nebel a. Berlin, Kentier v. Iseling u. Frau a. Weddighausen, die Kaufleute Lohmann a. Dannenberg, Löwinjohn a. Obersleben.

Georg Müller's Hotel, Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Daniel a. Leipzig, Skabine a. Berlin, Neuwitz a. Venlow, Landwirth Wołosz a. Samter, Gutsbesitzer Krause a. Zarenien, Danz. med. Worzereck a. Greifswald, Ingenteur Dettloff a. Danzig, Inspektor Körzer a. Berlin.

Keilers Hotel zum Engl. Hof. Die Kaufleute Gusek aus Bentwich, Drucker a. Flatow, Heimann a. Hamburg, Maizner u. Fuchs a. Breslau, Wisniewski a. Nowrażlaw, Schreier a. Breslau, Gutsbesitzer Bosat u. Frau a. Czynin.

Handel und Verkehr.

H. K. Mais-Tarife. Von jetzt bis zum 30. Juni 1892 gilt für den direkten Transport von Mais in Mengen von mindestens 10 000 Kilogramm zwischen Stationen der königl. ungarnischen Eisenbahnen und der Nagy-Kükönd - Nagy-Becskerei Eisenbahn einerseits und Stationen der königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Breslau, Bromberg, Erfurt und der Mährisch-Schlesischen Centralbahn andererseits ein provisorischer Ausnahmetarif. Abbrüche des Tarifs können für 50 Pf. von den befreiteten Verwaltungen bezogen werden.

** Die Erlaubnis der Maisanfuhr aus dem russischen Gouvernement Kutais ist nach der „A. R.-C.“ auf den dortigen Vorrah von ca. 2 Millionen蒲d beschränkt. Zufuhren von Mais nach dem Kutaisischen Gouvernement zur See oder durch die Kaufasbasen sind von dem Export ausgeschlossen. Die offizielle Regierungsmeldung hebt hervor, daß die sonstigen Ausfuhrverbote befreit Verhinderung einer spekulativen Preiserhöhung im Inland in Kraft bestehen bleiben.

** Newyork, 9. März. Die Börse eröffnete sehr fest. Nach allgemeiner Steigerung der Kurse war der Schluß ebenfalls sehr fest. Der Umsatz der Aktien betrug 333 000 Stück. Der Silbervorrah wird auf 3 500 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betragen 20 000 Unzen, die Silberankäufe für den Staatschaz 349 000 Unzen zu 90,74 à 90,80.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe;	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
10. Nachm. 2	745,7	O schwach	bedeckt	+ 0,9
10. Abends 9	745,3	O leicht	bedeckt	- 0,5
11. Morgs. 7	745,0	O leiser Zug	bedeckt	- 0,5

¹⁾ Den Tag über Schnee.
Am 10. März Wärme-Maximum + 1,5° Cels.
Am 10. ° Wärme-Minimum - 2,7° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. März Morgens 2,22 Meter.
= 10. = Mittags 2,20 =
= 11. = Morgens 2,02 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 10. März. Ruhig.
Neue 3proz. Reichsanleihe 84,75, 3½, 4proz. L.-Pfandbr. 96,90, Konol. Türk. 18,95, Türk. Loje 77,25, 4proz. ung. Goldrente 92,40, Bresl. Distontobank 92,50, Breslauer Wechslerbank 94,75, Kreditattit. 169,50, Schles. Bankverein 108,90, Donnersmarthütte 76,75, Flöther Metzghenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,25, Oberschles. Eisenbahn 52,75, Oberschles. Portland-Zement 96,35, Schles. Cement 129,00, Oppeln-Zement 99,40, Schles. Dampf. C. —, Kramfro 119,00, Schles. Binfafft 189,00, Laurabütt 101,75, Verein. Oelfab. 88,75, Hescher. Bantunten 172,20, Russ. Banknoten 208,25, Giesel-Cement 103,00.

Frauenf. a. M., 10. März. (Schlußkurse). Fest.
Bond. Wechsel 20,412, 4proz. Reichsanleihe 106,75, österr. Silberrente 80,65, 4½proz. Papierrente 81,10, do. 4proz. Goldrente 95,10, 1860er Loje 123,70, 4proz. ungar. Goldrente 92,30, Italiener 88,60, 1880er Russen 93,10*, 3. Orientanl. 65,40, unifiz. Egypter 96,60, Lomb. Türk. 18,95, 4proz. türk. Akt. 83,00, 3proz. port. Akt. 27,70, 3proz. serb. Rente 79,50, 5proz. amort. Rumäniens 968,0, 6proz. Konol. Mexit. —, Böh. Weißb. 296, Böh. Nordbahn 156, Franzosen 245, Galizier 181, Gotthardbahn 135,

Baumwolle. Ruhig. Upland middl., loko 36 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung. März 35%, Pf., April 35%, Pf., Mai 35%, Pf., Juni 36%, Pf., Juli 36%, Pf., August 37 Pf.

Schmalz. Zeit. Wilcox 35%, Pf., Armour 35%, Pf., Rohr - Pf., Fairbanks 31%.

Wolle. 140 Ballen Cap, — Ballen Natal, — Ballen Buenos Ayres, — Ballen Austral, 11 Ballen Kämmlinge.

Speck short clear middl. Zeit. 33%, Br.

Hamburg, 10. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 206—213. Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 214—218, russ. loko ruhig, neuer 186—188 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübel (überz.) ruhig, loko 56,00. Spiritus still, per März—April 33%, Br., v. April—Mai 33%, Br., v. August—Sept. 34%, Br., v. Sept.—Okt. 34%, Br., — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,35 Br., v. Aug.—Sept. 6,25 Br. — Wetter: Schneefall.

Hamburg, 10. März. Kaffee. (Stadtmittagsbericht.) Good average Santos per März 67%, per Mai 67%, v. Juli —, pr. Sept. 65%, v. Dez. —. Ruhig.

Hamburg, 10. März. Baudermarkt (Schlussbericht.) Rübendzucker I. Produkt Rohs 88 v.C. Rendement neue Ukraine, frei an Bord Hamburg p. März 14,12%, p. Mai 14,42%, p. August 14,77%, v. Oktober 13,10. Matt.

Brot, 10. März. Produktionsmarkt. Weizen loko behauptet, per Frühjahr 10,22 Gd., 10,24 Br., v. Mai—Juni 10,19 Gd., 10,21 Br., v. Herbst 9,27 Gd., 9,29 Br. Hafer v. Frühjahr 5,88 Gd., 5,90 Br. Neu-Mais v. Mai—Juni 5,30 Gd., 5,32 Br. Kohlraps v. Aug.—Sept. 13,25 Gd., 13,35 Br. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 10. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen behaupt. v. März 25,30, v. April 25,70, v. Mai—August 26,50, v. Sept.—Dez. —. Roggen ruhig, v. März 19,10, v. Sept.—Dez. 18,60. Mehl behauptet, v. März 54,40, v. April 55,10, v. Mai—August 56,60, v. Sept.—Dez. —. Rübel ruhig, v. März 54,50, v. April 55,00, v. Mai—Aug. 55,50, v. Sept.—Dez. 57,75. Spiritus behauptet, v. März 46,50, v. April 46,00, v. Mai—August 44,50, v. Sept.—Dez. 40,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 10. März. (Schlussbericht.) Rohzucker behauptet, 88 v.C. loko 38,75. Weizer Buder ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm v. März 39,75, v. April 40,00, v. Mai—August 40,75, v. Okt.—Jan. 36,25.

Havre, 10. März. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Haufe.

Rio 7000 Sac, Santos 2000 Sac, Recettes für gestern.

Havre, 10. März. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 91,50, v. Mai 87,25, v. Sept. 83,00. Behauptet.

Antwerpen, 10. März. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. März. (Teleg. der Herren Wilsens u. Comp.) Wolle. La Blata = Bug. Type B, v. April 4,17%, Verkäufer, Juni 4,20, Juli 4,22%, Oktober 4,30, November 4,32%. Käufer.

Antwerpen, 10. März. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raf-finiertes Type weiß loko 14% bez. u. Br., v. März 14%, Br., v. April 15%, Br., v. Sept.—Dez. 15%, Br. Schwach.

Amsterdam, 10. März. Getreidemarkt. Weizen v. März 232, p. Mai 240. Roggen v. März 221, p. Mai 226.

Amsterdam, 10. März. Bancazinn 53%.

Amsterdam, 10. März. Java-Kaffee good ordinary 53%.

Glasgow, 9. März. Roberten. (Schluss.) Milled numbers warrants 40 lb. 4%, d. a. 40 lb. 6 d.

London, 9. März. 96 v.C. Javazucker loko 15% ruhig.

Küken-Rohzucker loko 14%. Wetter: Schneeschauer.

London, 10. März. Chitt.-Kupfer 45, per 3 Monat 45%.

Liverpool, 10. März. Baumwolle. (Ansangsbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig. Tages-Import 13 000 Ballen.

Liverpool, 10. März. Nachm. 4 Uhr 50 Min. Baumwolle.

Umsatz 8000 B., davon für Spekulation u. Export 2000 Ballen. Träge. Brasiliener 1/4 billiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: April—Mai 33%, do. Junit—Juli 34%, Käuferspreis, Juli—Aug.

34%, Verkäuferkreis, August—Sept. 31%, do. Sept.—Okt. 34%, d. do.

Chicago, 7. März. Weizen v. April 37%, v. Junit 39%.

Mais p. Mai 42%. Spec short clear 6,20. Bork p. März 10,95.

Weizen fest und etwas steigend, dann Reaktion auf Verkäufe,

darauf wieder steigend, Schlüß fest. Mais durchweg fest.

Newyork, 9. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 61%, do. in New-Orleans 61%. Staff. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Röhes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates per April 59%. Stetig. — Schmalz loko 6,72, do. Rothe u. Brothers 7,00. Buder (Farr refining Muscovados) 3. Mais v. Newyork April 49%, v. Mai 49%, v. Juni 48%. Rothe Winterweizen loko 105%. Kaffee Rio Nr. 7,14%, Mehl (Spring clears) 4 D. Getreidefracht 4. Kupfer 10,75 nom. Rothe Weizen v. März 102, p. April 102%, v. Mai 100%, v. Juni 98%. Kaffee Rio Nr. 7 low ord. p. April 12,97, v. Juni 12,40.

Weizen eröffnete sehr fest, wurde während des Tages schwächer, schloß aber sehr fest auf Reaktion und auf ungünstige Witterung. Mais steigend infolge lebhaften Eingreifens der Haussiers.

Berlin, 11. März. Wetter: Bedeckt.

Newyork, 10. März. Weizen per März 101% C, v. April 102 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. März. Die heutige Börse eröffnete bei wenig veränderten Kursen in ziemlich fester Haltung, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten.

Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen anfangs ruhig, gestaltete sich aber weiterhin lebhafter und bei sehr zurückhaltendem Angebot erfuhrn die Kurse ziemlich allgemein weitere Besserungen; auch der Börsenschluß ließ fest aber ruhig.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel; Deutsche Reichs- und Preußische konsolidirte Anleihen fester und lebhafter. Fremde, festen Bins tragende Papiere waren gut behauptet aber ruhig; Russische Anleihen und Italiener fest; Russische Noten steigend und belebt.

Der Privatdiskonkt wurde mit 1% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen und Lombarden wenig verändert und ruhig; Dux-Bodenbach und Schweizerische Bahnen fester und lebhafter.

Inländische Eisenbahnaktien fest; Marienburg-Mlawka und Ostpreußische Südbahn etwas anziehend und lebhafter.

Bankaktien fest; die spekulativen Devisen im Laufe des Verfahten befestigt und lebhafter, namentlich Diskonto-Kommandit- und Berliner Handelsgesellschafts-Anteile.

Industriepapiere zum Theil lebhafter und wenig verändert; Aktien des Norddeutschen Lloyd schwächer, Montanwerthe fest, anfangs ruhig, später lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. März. In Newyork ist der Preis für Weizen gestern um 1 C. gestiegen, in Amsterdam wurden Weizen und Roggen 2 fl. höher notirt. Am hiesigen Getreidemarkt waren heute zu den herabgesetzten Preisen einige Kaufordnungen im Markt und für die Sommertermine zeigte sich gute Kauflust, doch blieb das Geschäft ruhig bei Zurückhaltung der Abgeber in den engsten Grenzen.

Die Preise für Weizen zogen circa 1% Mark an. Roggen notirt namentlich für hintere Sichten mehrere Mark höher, sodass der Depot sich nicht unwesentlich verkleinerte. Hafer konnte sich bei geringen Umläufen behaupten. Roggenmehl wurde bei etwas besserem Geschäft merklich höher bezahlt. Rübel bei kleinen Umsätzen etwas fester. Von Spiritus war die Lofozufuhr so klein, dass, nachdem dieselbe zu um 10 Pf. besseren Preisen ge-

räumt war, die Fabrikanten zur Deckung des Bedarfs nahe Termine kauften. Termine zogen in Folge dessen erheblicher an.

Weizen (mit Auschluß von Kauhweizen) v. 1000 Kg. Loko etwas inländischer gesucht. Termine höher. Gefündigt — Ton.

Kündigungsspreis — M. Loko 197—220 M. nach Qualität.

Lieferungsqualität 199 M., per diesen Monat — M., per April—

Mai 197—198 bez., per Mai—Juni 199,25—199—200 bez., per

Juni—Juli 201—202,25 bez., per Juli—August 201—200,5—201,5 bezahlt.

Roggen per 1000 Kilo. Loko etwas fester. Termine an-

mitt. Gefündigt 100 Kg. Kündigungsspreis 209,5 M. Loko 200 bis 211 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 M., per diesen Monat — M., per April—Mai 209,5—209,75—209,25—210,75 bez.

per Mai—Juni 207,5—210 bez., per Junit—Juli 205,5—208,25 bis

208 bez., per Juli—August 189—192,5 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—190

M nach Qualität. Hafner per 1000 Kilo. Flau etwas fester. Termine an-

mitt. Gefündigt 100 Kg. Kündigungsspreis 209,5 M. Loko 200 bis 211 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 M., per diesen Monat — M., per April—Mai 209,5—209,75—209,25—210,75 bez.

per Mai—Juni 207,5—210 bez., per Junit—Juli 205,5—208,25 bis

208 bez., per Juli—August 189—192,5 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—190

M nach Qualität. Hafner per 1000 Kilo. Flau etwas fester. Termine an-

mitt. Gefündigt 100 Kg. Kündigungsspreis 209,5 M. Loko 200 bis 211 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 M., per diesen Monat — M., per April—Mai 209,5—209,75—209,25—210,75 bez.

per Mai—Juni 207,5—210 bez., per Junit—Juli 205,5—208,25 bis

208 bez., per Juli—August 189—192,5 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—190

M nach Qualität. Hafner per 1000 Kilo. Flau etwas fester. Termine an-

mitt. Gefündigt 100 Kg. Kündigungsspreis 209,5 M. Loko 200 bis 211 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 M., per diesen Monat — M., per April—Mai 209,5—209,75—209,25—210,75 bez.

per Mai—Juni 207,5—210 bez., per Junit—Juli 205,5—208,25 bis

208 bez., per Juli—August 189—192,5 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko still. Termine ge-

schäftslos. Gefündigt — Kg. Kündigungsspreis — M. Loko 135

bis 143 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 155 M.

Bomm., preuß. und schles. mittel bis guter 151—161, hochfester

170 bis 171 ab Fahr und frei Wagen bez., v. diesen Monat —

M., per April—Mai 151,75—151,5 bez., v. Mai—Juni 153,5—152,5 bez., per Junit—Juli 153,5 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko etwas fester. Termine ge-

schäftslos. Gefündigt — Kg. Kündigungsspreis — M. Loko 135

bis 143 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 155 M., per diesen Monat — M., per April—Mai 119 M., per Mai—Juni — bez., per

Junit—Juli 119,5 M., per Juli—Aug. — bez.

Erben p. 1000 Kilo. Kochware 190—240 M., Futterware

164—170 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad.

Termine fest und höher. Gefündigt — Sad. Kündigungsspreis — M., per diesen Monat — bez., per April—Mai 28,45—28,7

bez., v. Mai—Juni 28,35—28,6 bez., per Junit—Juli 28,3—28,5

bez., v. Juli—August — bez.

Rübel p. 100 Kilo mit Fas. Höher. Gefündigt — Str.

Kündigungsspreis — M. Loko mit Fas. — M., v. Mai—Juni — bez., v. Mai—Juli — bez.

Rübel, Nat.-Myp.-Cr. 5

Stettin, Nat.-Myp.-Cr. 5

Bresl. Gelv. 10, 83,99 oz. B.

Deutsch. Aspn. 4, 78,50 M.

Dynamit-Frust. 11, 135,25 M.

Erdmannsd. Sp. 8, 65,10 M.

Fraust. Zucker 0, 56,10 G.

Glauc.